



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 09.12.2009
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Gerhard Holsten
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Dirk Detjen
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg.e Elke Twesten

Vertreter für Abg. Riebesehl

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Claus Riebesehl

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Finanzausschusses am 04.11.2009
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010
Vorlage: 2006-11/0847
- 6.1 Haushaltsüberschreitung - Einzelentscheidung
hier: Teilhaushalt 8 (Bauen, Planen, Umwelt) Produkt 57.1.01 (Wirtschaftsförderung) - Investition "Breitbandausbau"
Vorlage: 2006-11/0850
- 6.2 Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung
hier: Teilhaushalt 5 - Jugend und Sport, Produkt 36.3.03, Transferaufwendungen und -auszahlungen
Teilhaushalt 3 - Schule und Kultur - Produkt 23.1.03, Investition (Ersatz Kühlhaus)
Vorlage: 2006-11/0848
- 6.3 Haushaltsüberschreitung - Einzelentscheidung
hier: Teilhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt) Produkt 54.2.01 (Kreisstraßen) - Investition (Baukosten Ostebrücke K119 bei Rockstedt)
Vorlage: 2006-11/0861
- 7 Sachstandsbericht: Einführung Controlling
Vorlage: 2006-11/0849
- 8 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Holsten eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Vertreter der Verwaltung sowie als Zuhörer die zahlreich erschienenen Hauptverwaltungsbeamten und Redakteure der örtlichen Presse.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender Holsten weist auf die vorliegenden Tischvorlagen und Ergänzungen zur Tagesordnung hin. Die Tagesordnung wird daraufhin einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Finanzausschusses am 04.11.2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Finanzausschusses am 4.11.2009 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung: 2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Es liegen keine Berichte vor.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010**

Kreisrat Höhl erläutert die seit der ersten Finanzausschusssitzung eingetretenen Veränderungen. Es sei eine im Verhältnis zum Volumen geringfügige Ergebnisverbesserung zu verzeichnen (130.000 €). Im Finanzhaushalt würden sich die Verschiebungen bei den Investitionen positiv auf die neue Nettokreditaufnahme auswirken (minus 1,9 Mio. €). **Kreisrat Höhl** gibt ausführliche Informationen zu den Auswirkungen einer Änderung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Kreisumlagehebesatzes von nunmehr 53,04 v.H. Eine Änderung um 1 Prozent-Punkt bedeute gleichzeitig eine Erhöhung der Netto-Kreditaufnahme um 1 Mio. €. Die Abgeordneten sollten sich darüber im Klaren sein, dass weitere Kreditaufnahmen auch zu zusätzlichen Zinsaufwendungen in den Folgejahren führen würden.

Bei der mittelfristigen Investitions- und Finanzplanung habe man die Orientierungsdaten sowie die Steuereinnahmeentwicklung auf Kreisebene zugrunde gelegt. Der Personalaufwand sei um 1 % p.a., die Sachaufwendungen und Abschreibungen um 100.000 €, die sonstigen Aufwendungen ebenfalls um 100.000 € erhöht worden. Bei den Transferleistungen sei eine jährliche Zunahme um 1 Mio. € angenommen worden.

Kreisrat Höhl geht kurz auf die allen Abgeordneten vorgelegte Stellungnahme der Kommunen zum Haushalt 2010 des Landkreises ein. **Abg. Gajdzik** fragt nach der rechtlichen Bedeutung dieser Stellungnahme. Hierzu erklärt **Kreisrat Höhl**, dass die kreisangehörigen Gemeinden rechtzeitig vor der Festsetzung der Kreisumlage zu hören seien. Der hierüber anzufertigende Vermerk sei dem Schriftsatz zur Erlangung der Genehmigung des Haushaltes beizufügen. Insofern handle es sich hierbei um einen gesetzlich vorgeschriebenes Verfahren.

Abg. Dreyer fragt ergänzend zu den Ausführungen des Finanzdezernenten: a) wieviel Kredite wurden bisher in 2009 aufgenommen, b) ist die Überschussrücklage vorhanden und c) wie wird das Jahr 2009 voraussichtlich abschließen. **Herr Höhl** erklärt, dass noch keine Kredite aufgenommen wurden sind, nur Umschuldungen wurden vorgenommen. Die Überschussrücklage sei nicht in Geld vorhanden. Das Jahr 2009 werde voraussichtlich mit einem Überschuss von rund 9 Mio. € wie geplant abschließen.

Abg. Bargfrede dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die Verwaltung habe in äußerst schwieriger Zeit einen soliden Haushalt vorgelegt, so dass noch kein Konsolidierungsprogramm nötig werde. Den in den Vorjahren getätigten Schuldenabbau sowie die Senkung des Kreisumlagehebesatzes könne man angesichts der rückläufigen Einnahmen nicht mehr fortführen. Er sei froh, dass in den Haushalt Bruttoinvestitionen von ca. 26,5 € eingestellt und finanziert werden konnten. Seine Fraktion plädiere dafür, alle vorliegenden Anträge auf Sportförderungsmittel zu berücksichtigen und den Ansatz hierfür um 53.000 € zu erhöhen. Bezüglich der von der Verwaltung vorgeschlagenen Kreisumlageerhöhung halte seine Fraktion eine Erhöhung um 2 Prozentpunkte für angebracht, 1 Punkt für die Zusatzleistungen im Rettungsdienst und 1 Punkt zur Finanzierung des Haushaltes. Dieser Hebesatz solle dann auch im nächsten Jahr gelten, auch wenn es dabei zu Mindereinnahmen kommen sollte.

Abg. Dreyer erinnert an die verflogene Euphorie der letzten Jahre. Jetzt sei es angebracht, eine Ausgewogenheit der Belastungen zwischen den Kommunen zu erreichen. Der Landkreis könne nicht die Kreisumlage erhöhen und gleichzeitig kräftig investieren. Auch seine Fraktion habe die Argumente der Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Gemeinden gegen eine Umlageerhöhung eingehend diskutiert mit dem Ergebnis, dass allenfalls eine Anhebung um einen Punkt erfolgen könne und zwar zur Finanzierung der Zusatzleistungen im Rettungsdienst. Die Bedienung aller Anträge auf Sportförderungsmittel halte er für sinnvoll. Die SPD sei ein glühender Verfechter der Breitbandversorgung. Aber angesichts der derzeitigen Finanzsituation sollte man die Angelegenheit nochmals überdenken und ggfs. den Einsatz der überregionalen Mittel ändern. Bei Erhöhung der Kreisumlage nur um 1 Punkt könne seine Fraktion durchaus dem Haushalt zustimmen.

Abg. Steppat bringt zum Ausdruck, dass eine weitere Streckung der Mittel für die Breitbandversorgung nichts bringe; es sei wichtig, für das Gewerbe gute Voraussetzungen zu schaffen, um Nachteile zu vermeiden. Im Rettungsdienst sei es nötig, weiter mit den Krankenkassen und Nachbarkreisen zu verhandeln, um eine etwaige Reduzierung der Kosten erreichen zu können. Er habe Verständnis für die Einwände der Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden; es sei nicht richtig, immer den „Schwarzen Peter“ nach unten weiterzugeben. Dies gelte auch für Bund und Land. Aus seiner Sicht sei eine Erhöhung der Kreisumlage um 1 Prozent-Punkt vertretbar.

Abg. Twesten schlägt angesichts der schwierigen Finanzsituation bezüglich der Umlageerhöhung den goldenen Mittelweg von 1,5 %-Punkten vor. Man dürfe die Verschuldung der Kommunen nicht außer Acht lassen. Ihrer Fraktion sei wichtig, dass die Gemeinden weiterhin handlungsfähig bleiben.

Auf Nachfrage des Abg. Dreyer erläutert **Kreisrat Höhl** die Anlage zu TOP 5 (KGS Tarmstedt) näher. Die Ausschussmitglieder kommen daraufhin übereinstimmend zu der Auffassung, dass der Antrag berechtigt, aber eine Zuständigkeit des Finanzausschusses nicht gegeben sei. Das weitere Prozedere, insbesondere die Abstimmung mit allen Gymnasien im Landkreis, solle im Schulausschuss besprochen werden.

Vorsitzender Holsten lässt über die Vorlage abstimmen.
einstimmig: Behandlung im Schulausschuss

Vorsitzender Holsten unterbricht um 15.40 Uhr die Sitzung um den anwesenden Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Gemeinden Gelegenheit zu geben, sich zur Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes zu äußern.

Samtgemeindebürgermeister Borchers trägt als Sprecher aller Gemeinden die Argumente gegen eine Erhöhung vor. **Samtgemeindebürgermeister Holle** nutzt die Pause, um nochmals die Angelegenheit KGS Tarmstedt anzusprechen. **Samtgemeindebürgermeister Wohltmann** dankt dem Landkreis für den Einsatz bei der Breitbandversorgung.

Die Sitzungsunterbrechung endet um 15.55 Uhr.

Kreisrat Höhl erläutert kurz das vorliegende Investitionsprogramm.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt der **Vorsitzende Holsten** über den Antrag der CDU-Fraktion auf Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um 2 %-Punkte auf 52 v.H. der Umlagegrundlagen abstimmen. Mit 7 Ja-Stimmen wird der Antrag angenommen.

Vorsitzender Holsten stellt fest, dass sich damit die Abstimmungen zu den Anträgen auf Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes auf 51 bzw. 51,5 v.H. erübrigt hätten.

Vorsitzender Holsten verliest die Beschlussempfehlung zum Haushalt 2010.

Beschluss:

Der Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2010 mit dem Haushaltsplan 2010 und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen:
Enthaltung: 5

Punkt 6.1 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitung - Einzelentscheidung hier: Teilhaushalt 8 (Bauen, Planen, Umwelt) Produkt 57.1.01 (Wirtschaftsförderung) - Investition "Breitbandausbau"**

Beschluss:

Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 125.000 € im Teilhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt) – Produkt 57.1.01 (Wirtschaftsförderung); hier: Investition „Breitbandausbau“, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Punkt 6.2 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung hier: Teilhaushalt 5 - Jugend und Sport, Produkt 36.3.03, Transferaufwendungen und -auszahlungen Teilhaushalt 3 - Schule und Kultur - Produkt 23.1.03, Investition (Ersatz Kühlhaus)**

Die Überschreitung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.3 der Tagesordnung:

**Haushaltsüberschreitung - Einzelentscheidung
hier: Teilhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt) Produkt
54.2.01 (Kreisstraßen) - Investition (Baukosten Ostebrücke
K119 bei Rockstedt)**

Abg. Steppat verlässt um 16.30 Uhr die Sitzung.

Beschluss:

Der Bereitstellung der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 525.000,- € für den Neubau der Ostebrücke im Zuge der K 119 bei Rockstedt wird zugestimmt. Als Deckung wird die Verpflichtungsermächtigung bei der Investition im Teilhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt) – Produkt 54.2.01 (Kreisstraßen) – Baukosten und Grunderwerb Anschlussstelle Elsdorf entsprechend gemindert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Punkt 7 der Tagesordnung: **Sachstandsbericht: Einführung Controlling**

Dipl.-Ökonomin Eihusen erläutert den Sachstand der Einführung von Controlling beim Landkreis Rotenburg (W.). Die Grundlage hierfür sei in der GemHKVO verankert. Darin wird die Einführung von Controlling zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bei der Aufgabenerfüllung vorgeschrieben. Ziel sei es durch die Bereitstellung und Auswertung geeigneter Informationen das Erreichen gesetzter Ziele zu erreichen (*Auszüge des Vortrages sind als Anlage beigelegt*).

Zahlreiche Fragen der Abgeordneten werden von Frau Eihusen und Herrn Höhl beantwortet. Die Aufgabe sei zunächst beim Amt für Finanzen angegliedert worden, aber es könne später durchaus zu einer anderen organisatorischen Anbindung kommen. Controlling verstehe sich als eigene Beratungsleistung und sei auch für den Haushalt wichtig z.B. für die Hochrechnung von Quartalsergebnissen.

Zu der Frage, ob die bisher eingerichteten Controller-Stellen in anderen Ämtern bei der Einrichtung eines zentralen Controllings entfallen, erklärt **Kreisrat Höhl**, dass die Aufgabenerledigung nicht vergleichbar sei. Diese Stellen seien im Arbeitsmarktportal und Jugendamt eingerichtet, um die Arbeit der Verwaltung mit betriebswirtschaftlichen Kenntnissen zu unterstützen.

Abg. Dreyer hofft, dass man nächstes Jahr konkret sehen kann, was es gebracht hat. In anderen Kommunen sei kein Erfolg erzielt worden. **Vorsitzender Holsten** äußert die Hoffnung, dass dann vielleicht endlich Vergleiche mit anderen Landkreisen erstellt werden könnten.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Anfragen**

Da keine Anfragen vorliegen, schließt der **Vorsitzende Holsten** den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.45 Uhr.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer